

Textarbeit Webinar „Antifa bleibt Handarbeit“

Lest den Text, klärt etwaige Unklarheiten und beantwortet gemeinsam die folgenden **Fragen**:

- ✓ Was sind 3 Kernaussagen?
- ✓ Was nehmt ihr daraus für euer politisches Engagement mit?

Haltet die **Ergebnisse** für euch fest, sodass sie später in der großen Runde kurz vorgestellt werden können.

Ihr habt **20 Minuten** Zeit, drückt gerne auf den Hilfe-Button, wenn es Rückfragen oder Schwierigkeiten gibt!

Den Widersprüchen zum Trotz – Antifaschistische Bündnisarbeit

Merle Stöver

Merle Stöver lebt in Berlin und schreibt am dortigen Zentrum für Antisemitismusforschung derzeit ihre Masterarbeit über die antiziganistische Mobilmachung 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Sie ist in verschiedenen antifaschistischen Kontexten organisiert. Außerdem arbeitet sie zu Antisemitismus, Antiziganismus, Feminismus, Kritischer Theorie und Psychoanalyse.

[Dieser Text hat] das Ziel, sich den Widersprüchen, mit denen wir in antifaschistischer Bündnisarbeit nahezu überall konfrontiert sind, zu widmen und die Diskussion zu eröffnen, welche Strategien im Umgang damit sinnvoll sind. [...]

Bündnisse einzugehen bedeutet nicht nur, wichtigen Forderungen mehr Reichweite zu verschaffen und sich gegen etwas zu positionieren, sondern auch, sich zu denen zu verhalten, mit denen man nun Seite an Seite steht. Deshalb gehe ich im Folgenden auf drei Dinge ein:

- [A] Auf die Notwendigkeit, sich antifaschistisch zu organisieren und Bündnisse einzugehen,
- [B] auf die vier größten Widersprüche, die in der gesellschaftlichen Linken auftauchen
- [C] und auf Möglichkeiten des Umgangs mit ebenjenen Widersprüchen.

(Teil A des Textes findet ihr am Ende des Dokuments, ihr müsst diesen nicht lesen, aber könnt ihn natürlich gern freiwillig später anschauen etc.)

Gruppe 1

B) Die Widersprüche der Bündnisarbeit

Gerade in der jüngeren Vergangenheit wurden Versuche unternommen, in Bündnisse und Kampagnen so viele verschiedene Gruppierungen, Initiativen, Verbände und Institutionen wie möglich einzubinden, wie etwa unter dem Titel #unteilbar geschehen. Doch gerade hier musste man mit ansehen, wie Grundsätzliches dem einzigen gemeinsamen Nenner – der Kritik der AfD – geopfert wurde. Es ist offensichtlich, dass es die immergleichen vier Themenfelder sind, die für diesen Clash sorgen.

Sowohl daran, feministische Forderungen als gesellschaftliche Notwendigkeit und als Querschnittsthema auch innerhalb der eigenen Themen zu begreifen, als auch daran, die eigenen theoretischen Ansprüche in die Tat umzusetzen, scheitern Kooperationen regelmäßig. Beides nervt: Auf der einen Seite stehen potentielle Bündnispartner*innen im Kampf gegen die AfD, die das Patriarchat als reinen Nebenwiderspruch abtun und der Analyse patriarchaler und sexistischer Zustände keinen Raum geben wollen. Diese Position kann nicht die Grundlage eines emanzipatorischen Anliegens sein. Auf der anderen Seite stehen die, die zwar kluge Analysen teilen, die aber in den Treffen die Redelisten dominieren, die sich bei der Demo ungefragt in die erste Reihe drängen und offensichtlich nicht zum Transfer theoretischer Grundsätze in das eigene Verhalten bereit sind. Meist sind es dann Frauen, die sich zurückziehen oder die ständig die gleichen Debatten austragen müssen. Hier gälte es also, eine Basis für die gemeinsame Arbeit festzulegen. Dass dann im nächsten Moment noch einmal ganz unterschiedliche feministische Theorie-Gebäude aufeinandertreffen, die konträrer nicht sein könnten, muss an anderer Stelle diskutiert werden.

Der tiefste Graben, der die deutsche Linke durchzieht, ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Antisemitismus ist eine anpassungsfähige Ideologie, die die Welt erklären kann. Das ist nicht nur am verschwörungstheoretischen Antisemitismus der radikalen Rechten oder etwa dem Schuldabwehrantisemitismus der BRD nach 1945 zu erkennen, sondern ebenso am Antizionismus, der für viele linke Gruppierungen Common Sense ist. Die (antiimperialistische) deutsche Linke ist so besessen von ihrer „Kritik“ an Israel, dass kaum eine antifaschistische Großdemos ohne Statements zum Nahostkonflikt, Transparente mit einschlägigen Sprüchen („Free Palestine“) oder Palästina-Fahnen auskommt. Der israelsolidarischen Linken hingegen wird vorgeworfen, Rassismus zu unterstützen und nicht konsequent antifaschistisch zu sein. Während nun einige Positionen einem falsch verstandenen Antisemitismus-Begriff entspringen (etwa, dass Antisemitismus eine Form von

Rassismus sei), sind andere schlichtweg offen formulierte antisemitische Ressentiments, mit denen eine Zusammenarbeit nicht möglich sein sollte.

Neben der Akzeptanz antisemitischer Positionen und ihrer Vertreter*innen besteht zudem in vielen Bündnissen eine Offenheit, islamistische Protagonist*innen einzubeziehen und als selbstverständliche Partner*innen wahrzunehmen. Dabei wird hochgehalten, man sei konsequent antirassistisch, während beispielsweise bei #unteilbar reaktionäre Kräfte wie die der Muslimbruderschaft zugehörige Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) und das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) Teil des Bündnisses werden konnten. Hinter dem Anspruch, alle von Rassismus Betroffenen einzubeziehen, verbirgt sich die Querfront, deren Akteur*innen vor allem kritikwürdig sind.

Als letztes immer wiederkehrendes Konfliktfeld sei an dieser Stelle noch der Hang vieler linker Gruppierungen zu verkürztem Antikapitalismus genannt. Kapitalismuskritik, die sich auf einfachen Gegensätzen, wie etwa „die da oben vs. wir als ehrlich Arbeitende“ ausruht, bedient nicht die Analyse der gesellschaftlichen Umstände, sondern das regressive Moment einfacher Gegensätze. Symbole wie die Krake oder die Heuschrecke sind originär Bebilderungen des antisemitischen Ressentiments des Juden als „Wucherer“. Vor allem auf 1. Mai-Demonstrationen und im Kontext der Proteste gegen G20 sind diese Bilder zu sehen – zwar handelt es sich hierbei nicht um die üblichen antifaschistischen Anlässe, doch sind die diese Aussagen vertretenden Organisationen oft ebenso an der Planung antifaschistischer Proteste beteiligt.

Gruppe 2

C) Antifa – trotz alledem

All die hier nur kurz angerissenen Probleme machen es schwierig, sich in Bündnissen einzubringen. Es stellt sich jedes Mal aufs Neue die Frage, ob man mit bestimmten Gruppen zusammenarbeiten will, inwiefern man Kompromisse für das eigentliche Anliegen eingeht und welche Diskussionen ausgetragen werden sollten.

Festhalten will ich an dieser Stelle aber vor allem eines: So prekär die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse auch sind, so sind sie dennoch kein Grund dafür, Kritik zurückzuhalten und Diskussionen aufzuschieben. Kritik und Selbstkritik sind das Herzstück der Mündigkeit, die der Anspruch emanzipatorischer Kräfte sein muss. Sich gegen Nazis, christliche Fundis oder Islamist*innen zusammenzutun, bedeutet also nicht, Differenzen auszuschweigen. Wie antifaschistische Bündnisarbeit aber dennoch aussehen kann und wie mit den oben genannten Problemen umgegangen werden kann, sollte im Workshop in einer ausführlichen Diskussion und mit dem Input Eurer Erfahrungen, Ideen und Vorschläge geschehen. Daher folgen nun fragmentarische Einwürfe, die aus meiner Auseinandersetzung und meiner Erfahrung resultieren.

- Stellt Bedingungen. Jede Organisation, jede Gruppe kommt mit einem Selbstverständnis in ein Bündnis. Macht unmissverständlich klar, dass beispielsweise ein feministischer Verband auch erwartet, dass nicht alle Redebeiträge von Männern kommen, dass beispielsweise über die Bestrebungen der AfD gesprochen wird, Reproduktionsrechte von Frauen massiv einzuschränken und dass es einen lila Faden gibt, der feministische Ansprüche dokumentiert. Genauso könnt ihr auch klar machen, dass das Existenzrecht Israels nicht verhandelbar ist oder dass Organisationen, die zur Muslimbruderschaft zählen, nicht Teil eines antifaschistischen Bündnisses sein können. Indem ihr Euch selbst deutlich positioniert, fordert ihr auch andere auf, Stellung zu beziehen.
- Ständig Bildungsarbeit machen zu müssen, ist anstrengend. Aber sie ist immer noch der wichtigste Weg, eigene Positionen weiterzugeben. Seid ihr in einem Bündnis, in dem darüber gestritten wird, wie Antisemitismus definiert wird? Bietet an, dazu Workshops und Vorträge vorzubereiten. Begleitet Eure Bündnisarbeit mit eigenen Bildungsangeboten, sowohl für den eigenen Verband als auch für Interessierte. So wäre es zum Beispiel möglich, eine Kampagne gegen einen AfD-Parteitag mit Vortragsabenden zum Antifeminismus oder zum Rassismus innerhalb der neuen Rechten zu organisieren.

- Sucht Euch Verbündete. Sprecht Euch mit anderen an der Organisation Beteiligten über ein gemeinsames Vorgehen ab, zusammen könnt ihr mehr erreichen.
- Möglich ist es auch, den Widerspruch innerhalb der Bündniskampagne oder der Demo klar zu machen. Das ist beispielsweise unsere Vorgehensweise in Berlin beim Frauenkampftag seit mittlerweile drei Jahren: nach eher uneindeutigen Aussagen zu Antisemitismus im Rahmen des Frauenkampftags und dem fehlenden Durchgreifen gegen offen antisemitische Positionen haben wir mittlerweile einen eigenen Block innerhalb der Demonstration. Dieser feministische Block gegen jeden Antisemitismus trägt den Konflikt auf die Straße, ohne das eigentlich gemeinsame Anliegen aus den Augen zu verlieren. Ähnlich haben es Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Leipzig zur #unteilbar-Demo 2019 gemacht. Aufgrund ihrer – berechtigten – Kritik an der Demonstration haben sie sich als israelsolidarischer Block dort präsentiert. Ich halte dieses Vorgehen für einen sehr sinnvollen Weg – einfach ist es aber nicht, die Widersprüche und die Konfrontation immer wieder auszuhalten.
- Sollten die Vorschläge allesamt nicht fruchten und es keine Möglichkeit einer Zusammenarbeit geben, besteht auch immer die Möglichkeit, ein Gegenangebot zu schaffen. Das bedeutet: Zum gleichen Anlass eine zweite Aktion zu organisieren und anderen die Möglichkeit zu geben, sich zu entscheiden. Auch hier lohnt es sich, vorab Verbündete zu suchen und mit gemeinsamen Bedingungen antifaschistische Anliegen zu bearbeiten.

A) Die Notwendigkeit antifaschistischer Arbeit

Dass sich antifaschistische Bündnisse in der Stadt und auf dem Land gründen, ist nicht erst seit dem Einzug der AfD in nahezu alle Kommunal- wie Landesparlamente und in den Bundestag nötig. Der Weg der Bundesrepublik nach 1945 ist gepflastert mit rassistischen und antisemitischen Morden, deren Zahl deutlich höher ist, als es polizeiliche Statistiken dokumentieren. Erst vor etwas mehr als einem Monat ermordete ein Mann in Hanau zehn Personen. An Yom Kippur 2019 versuchte ein Antisemit, sich Zugang zur Synagoge zu verschaffen und tötete anschließend zwei Passant*innen. Im Sommer 2019 wurde der CDU-Politiker Walter Lübcke von einem bekennenden Neonazi erschossen. Die Akten der NSU-Morde stehen weiterhin unter Verschluss.

Doch auch der Blick über die Grenzen Deutschlands verlangt nach antifaschistischem Protest: Die Situation Geflüchteter an den Außengrenzen des Friedensnobelpreisträger EU ist prekär. Im Lager Moria auf Lesbos harren über 20.000 Menschen aus, die weltweite Covid 19-Krise könnte zu einem Massensterben führen, das zu verhindern die Staatschef*innen der EU-Länder bereitwillig aussitzen. Es gilt, genau für diese Menschen die Stimme zu erheben, die Evakuierung zu fordern und ihnen das hoffentlich baldige Ankommen in den EU-Ländern so gut es geht zu ermöglichen.

Es brennt an allen Ecken und Enden. Rassismus bestimmt Debatten in Medien, im Parlament und in der Kneipe nebenan, antisemitische Verschwörungstheorien werden auf dem Hausflur ausgetauscht und Selbstbestimmungsrechte von Frauen werden zur Verhandlungsmasse. Die gesellschaftlichen Umstände erfordern antifaschistischen Gegenwind. Dazu reichen keine Social Media Kampagnen oder Hashtags – Antifa bedeutet, sich mit Ideologien auseinanderzusetzen und Antifaschismus in die Praxis umzusetzen. Meist geschieht dies in Bündnissen. Wir tun uns zusammen, damit wir möglichst viele erreichen und suchen uns Verbündete. Die Suche nach Verbündeten gestaltet sich oftmals jedoch schwieriger als man erwartet. Oft werden in Bündnissen mit klaren Zielsetzungen Grundsatzfragen ausdiskutiert und bringen die Strukturen – vollkommen zu Recht – zum Platzen. Daher schauen wir uns an, welche Themen es sind, die hier für dringenden Gesprächsbedarf sorgen.